

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen (Ausgabe: frei)
Jahresabonnement 1,20 Mark, durch die Post bezogen 1,30 Mark (einschließlich Postgebühren). Einzel-
und Heft-Verkaufspreis 14 Pfennig. Halle-Merseburg: Verlags- und Druckerei-Verlagsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg (Halle) Halle-Verlagsstraße 14.

Verlagspreis: 10 Pf. für den am 6. März und April 1927 im Vertriebe. Manuskripte sind zu richten an:
Halle-Verlagsstraße 14, Tel. (Halle) 21045 (Halle-Merseburg) 22251. Telegramm-Adresse: Klassenkampf.
Halle-Verlags- und Druckerei-Verlagsgesellschaft. Verlags- und Druckerei-Verlagsgesellschaft.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Montag, 28. November 1927

7. Jahrgang Nr. 279

Neue Wahlniederlagen des Bürgerbluts

Auch die SPD. hat große Verluste als Folge der arbeitereindlichen Koalitionspolitik

Große Erfolge der KPD.

(Eig. Drahtm.) Magdeburg, 28. November.

Die Resultate von den Kreis- und Gemeindevahlen fallen überall einen großen Erfolg der KPD. feststellen. In den wichtigsten Industriezentren Magdeburg und Zerbst haben die Kommunisten gegenüber der vorigen Wahl bis zu 100 Prozent gewonnen. Auch aus den Teilergebnissen von Dessau ist eine Zunahme der KPD-Stimmen bis zu 75 Prozent ersichtlich. Früher noch war der Erfolg auf dem ländlichen Lande, wo die Kommunisten bei den Kreiswahlen bis zu 200 Prozent an Stimmen gewonnen und in den Industriezonen, wo die Kommunisten bei den Gemeindevahlen z. B. in Neundorf, Seitzlingen u. a. die härtesten Resultate erzielten.

Katastrophale Niederlage der Deutschnationalen

(Eig. Drahtm.) Braunschweig, 28. November.

Die Landtagswahlen hatten nachstehende Ergebnisse: Sozialdemokraten 127 623 (7. Dezember 1924: 103 488), Deutschnationale 66 103 (51 259), Deutsche Volkspartei 39 620 (47 820), Wirtschaftswahlkreis 22 542 (23 070), Demokraten 12 943 (14 775), Nationalsozialisten 10 320 (9470), Welfen 3297 (8791), Zentrum 4084 (4559), Sozial- und Grundbesitzer 12 238, Volkswirtschaftspartei 4682, Kommunisten 12 838 (12 827).

Weitere Wahlergebnisse

(Eig. Drahtm.) Dessau, 28. November.

Die Kreis- und Gemeindevahlen bestätigten den Vormarsch der KPD. Die Wahlergebnisse lauten:

Dessau:

Sozialdemokraten 15 064 (17 548), Kommunisten 2288 (1122), Sozial- und Grundbesitzer 4047 (0), Arbeiter und Bodenreformer 1732 (907), Demokraten 2589 (3848), Bürgerliche Einheitsliste 11 231 (10 026).

Bernburg:

Sozialdemokraten 7554 (7322), Kommunisten 2296 (1438), Mittelstandsvereinigungen 8280 (1200), Demokraten 824 (810), Bürgerliche Einheitsliste 5628 (6432), Wählerverein 262.

Im Köthener Kreis:

Sozialdemokraten 12 451 (13 075), Kommunisten 1150 (638), Demokraten 2691 (2211), Bürgerliche Einheit in Stadt und Land 11 288 (10 907).

Köthener Stadt:

Sozialdemokraten 6272 (6335) 13 (13) Sitze, Kommunisten 353 (0) Sitze, Demokraten 1408 (1374) 3 (3) Sitze, Städtische Einheitsliste 5649 (6663) 13 (13) Sitze, Nationalsozialisten 611 (540) 1 (1) Sitze.

Kreiswahlen in Bernburg:

Sozialdemokraten 18 766 (20 305), 8 (9) Sitze, Kommunisten 7147 (484), 3 (2) Sitze, Volksgemeinschaft für Stadt und Land 18 190 (17 265), 8 (7) Sitze, Demokraten 3319 (2750), 1 (1) Sitze, Wählervereine 6 (1) Sitze.

Stadtverordnetenwahlen in Zerbst:

Sozialdemokraten 4251 (4330), 10 (10) Sitze, Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 4398 (4581), 10 (11) Sitze, Kommunisten 769 (185), 2 (4) Sitze, Sparrer und Rentner 392 (0), keine Sitze, Demokraten 3011 (398), 2 (3) Sitze.

Kreiswahlen in Zerbst:

Sozialdemokraten 12 532 (12 479), 6 (7) Sitze, Kreisarbeitsgemeinschaft 13 718 (13 495), 7 (7) Sitze, Kommunisten 2241 (1538), 1 (0) Sitze, Demokraten 2784 (2500), 2 (2) Sitze, Wählervereine 0 (1) Sitze.

Stadtverordnetenwahlen in Ballenstedt:

Sozialdemokraten 645 (589), 4 (3) Sitze, Kommunisten 227 (99), 1 (0) Sitze, Wählervereine 2141 (1912), 13 (11) Sitze, Wählervereine 0 (260).

Kreiswahlen in Ballenstedt:

Sozialdemokraten 6587 (7078), 6 (6) Sitze, Kommunisten 830 (645), keine Sitze, Volksgemeinschaft 7834 (7841), 6 (6) Sitze, Nationalsozialisten 0 (506).

Wieder Vormarsch der KPD. in Mecklenburg

In Mecklenburg-Strelitz fanden gestern in allen Städten ebenfalls Wahlen zu den Stadtparlamenten statt, deren Ergebnisse ebenfalls ein deutlicher Aufschwung der KPD. feststellen. Die Bürgerlichen Parteien, auch hier sehr erheblich an Stimmen. Diese kamen in erster Linie von den Sozialdemokraten zuante. Besonders bemerkbar machte sich auch hier ein Aufschwung der KPD. in Mecklenburg, wo die Einheitsliste der bürgerlichen Parteien 3 Mandate verlor. Von diesen gewann die KPD. 1 Mandat, während die kommunistische Partei zum ersten

Male in das Mecklenburgische Stadtparlament mit einem Stadtvorstande eintritt, weil eine erhebliche Stimmenzunahme auch hier zu verzeichnen war.

Die Wahlen, die am gestrigen Sonntag in Anhalt, Braunschweig und in einigen Städten von Mecklenburg-Strelitz stattfanden, beweisen aufs neue, daß die Einheits-Entscheidung, wie wir es bei den bisher stattgefundenen Wahlen feststellen konnten, eine allgemeine Erscheinung ist. Das bemerkenswerteste ist auch hier eine allgemeine schwere politische Niederlage der Deutschnationalen und ein hartes Annäheren der KPD.-Wähler. In Braunschweig hat die DVP. weit über die Hälfte ihrer Stimmen vom Jahre 1924 verloren. Diese Abwanderung der Wählermassen von den Bürgerlichparteiern vollzog sich auch am gestrigen Wahlsonntag zum Teil in das Lager kleinbürgerlicher Aufwertungs-, Mittelstands- und Wirtschaftsparteien. Breite Schichten dieser enttäuschten Wählermassen geben sich der Illusion hin, daß diese unter löblichen Versprechungen auftretenden Splittergruppen ihnen das bringen werden, was die Deutschnationalen ihnen nur versprochen hatten. Ein anderer Teil dieser Wählermassen hat bereits einen Schritt weiter nach links getan und glaubt, in der Sozialdemokratie, die mit absolut kleinbürgerlichen Werten während des Wahlkampfes gearbeitet hat, den rettenden Anker gefunden zu haben. Aber noch ein anderes, sehr wichtiges Merkmal kennzeichnet diese Wahl.

Denken wir zurück: Die kommunistische Partei war in Hessen die einzige Gewinnerin. In Hessen hatte die SPD. als Koalitionspartei jahrelang ihr arbeitereindliches Gesicht gezeigt müssen. Aus diesem Grunde haben sich die Massen der Arbeiterwähler enttäuscht von der SPD. abgewandt und ihre Stimmen der KPD., die sie nunmehr als einzige Arbeiterpartei

erkannt, gegeben. Die SPD. und ihre Presse verläugerte dieses Ergebnis der hessischen Wahlen als eine Einzelercheinung, die durch bestimmte Umstände, die teilweise Fehleinschätzung des Landes durch französische Militär usw. zu erklären. Wir schreiben damals schon, daß lediglich die Enttäufung breiter Arbeitermassen über die Koalitionspolitik der SPD. der Grund der Niederlage gemein sei.

Bei den gestern stattgefundenen Wahlen in Anhalt zeigt sich nun aber genau dasselbe Bild wie in Hessen! Auch hier hat die SPD. ziemlich erhebliche Verluste erlitten, die der KPD. zugute gekommen sind. Anhalt ist eine Hochburg der SPD., die bisher als unbewegbar galt. Alle Verluste, in denen letzten Stützpunkt der SPD. einzubringen, scheiterten. Die SPD. machte genau wie in Hessen Koalitionspolitik und nicht nur das: In aller Erinnerung ist noch der Besuch Hindenburgs in Dessau, bei dem das Reichsoberhaupt gemeinsam mit dem Staatschef und anderen leitenden Persönlichkeiten der SPD. einen besseren Unterricht über die verhängnisvolle Politik der SPD. konnte, der Arbeiterklasse nicht gegeben werden! Die Koalitionspolitik haben gestern die Wählermassen Anhalts der SPD. ausgelehnt.

Die kommunistische Partei befindet sich, das haben die gestrigen Wahlen erneut bewiesen, im unauflösbaren Kampf, gegen Schwäbner und Berlinern zum Treue. Diese Wahlen beweisen erneut, daß es allerhöchste Zeit wird, daß der Bürgerkrieg und mit ihm das Inkongruentparlament verdrängen. Sie bekräftigen uns erneut in dem Glauben, daß es durch breite Mobilisierung der Massen gelingen muß, die Bourgeoisie zu kürzen, ihre Helfershelfer, die sozialdemokratischen Führer, vernichtend zu schlagen und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu errichten.

Das Echo der Sowjetnote an Wilsudski

(Eig. Bericht.) London, 27. November.

Die englische konservative Presse nimmt die Sowjetnote an Polen zum Anlaß, um eine scharfe Hege gegen die Sowjetunion, verbunden mit einem Absetzungsmandat, einzusetzen. Die Regierungsbürokraten weisen beruhigend darauf hin, daß der polnisch-litauische Konflikt ja vom Völkerbund behandelt werden würde und infolgedessen kein Grund zur Unruhe vorhanden sei. Die Note der Sowjetregierung habe erst die Panik hinsichtlich der Lage in Ostpreußen hervorgerufen. Alle Gerüchte über polnische Angriffspläne seien „absurd“ und „phantastisch“. Im übrigen hätten die Vertreter der Westmächte bereits sowohl in Warschau als auch in Romo ihren „mäßigen“ Einfluß geltend gemacht.

Nach Genf Sitnow — Krelinki



Ein Teil der liberalen Presse stellt sich dagegen veranlaßt, den Grund der Lage anzuerkennen. So will z. B. Daily Express, daß es sich, daß in der Tat seit dem Handreich Polens auf Wilna im Oktober 1920 der Kriegszustand zwischen Litauen und Polen bestche. Dem unblutigen Kriege könne sehr leicht eine Auseinandersetzung mit den Waffen folgen, auch die „Dain News“ spricht von einer Kriegsgesfahr zwischen Polen und Litauen, die vor allem dadurch erhöht würde, daß in eine solche Auseinandersetzung sehr leicht die Sowjetunion hineingezogen werden könnte, was zu unabwehrbaren Konsequenzen führen müßte.

Die Poincaré-Presse schlägt einen sehr heftigen, drohenden Ton gegen die Sowjetregierung an. „Matin“ bezeichnet die Sowjetunion als ein Hindernis mit dem Zweck, die Wilsudski-Frage der Entscheidung des Völkerbundes zu entziehen. In Genf, nur in Genf könne der polnisch-litauische Konflikt gelöst werden. Die Sowjetunion gehe diese Frage nichts an. „Journal“ bringt die Sowjetnote an Polen in Verbindung mit der Haltung der Sowjetdelegation auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Die Sowjets bemühen sich, nach dem Blatt, bereits jetzt Polen, Ungarn und Frankreich als Nachbarn der Krabben und den Frieden in Europa gefährlichen Militarismus hinzustellen, um die Abrüstungskonferenz um so leichter führen zu können. Das Blatt bezeichnet die russische Note als eine „verächtliche Einmischung“ in die Angelegenheiten Polens und des Völkerbundes.

Die Sowjetdelegation in Genf

(Eig. Drahtm.) Genf, 27. November.

Die Sowjetdelegation ist Samstag nachmittags 5 Uhr mit dem sehr prächtigen Zug aus Berlin in Genf eingetroffen. Obwohl die Ankunft geheimgehalten worden ist, versammelten sich vor dem Bahnhof einige hundert Personen. Die Polizei nahm strenge Überwachungsmaßnahmen vor. Der Bahnhof wurde nur mit bewachten Einlässen betreten werden. Die Autos zur Abholung der Delegation wurden auf dem Bahnhof selbst aufgestellt. Als zum Ausgang bildete die Polizei Spalier. Trotzdem muß festgehalten werden, daß Polizeischikanen wie anlässlich der Wirtschaftskonferenz nicht vorzukommen sind.

Die Delegation blieb im Grand-Hotel de la Paix (Hotel zum Frieden) ab, wo sie von einem Schwarm von Journalisten mit Fragen bedrängt worden ist. Sie lehnte jedoch vorläufig jede Auskunft ab. Die Fragen bezogen sich vor allem darauf, warum die Sowjetdelegation so zeitig, schon drei Tage vor Beginn der Abrüstungsabgesprächen, eingetroffen ist. Die Verantwortung dieser Frage erwidert sich, daß die Sowjetdelegation als einzige an den bisherigen Verhandlungen der vorbereitenden Kommission nicht teilgenommen hat und sich bereits vor Beginn der Sitzung über den Gang der bisherigen Verhandlungen informieren muß. Die Polizei hat bei der Ankunft der Delegation im Hotel auch vor dem Hotel mit Barrieren Überwachungsmaßnahmen vorgenommen. Im Hotel blieb nur eine Anzahl von C. Heimpolitischen politisch.

ANZEIGEN

Zum Kampf im Lauthhammerwerk

Die Arbeiterschaft oben genannten Wertes steht unter sehr schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Lohnsatz (gültig für Arbeiterklasse) liegt

einen Spitzenlohn von 66% Nf.

Nur über 24 Jahre alte Handwerker vor, die anderen Stufen bleiben natürlich erheblich zurück. Dieses Abkommen läuft nun bis zum 1. April nächsten Jahres. Die Väter dieser Zeiten werden denken, welche böse Leute mögen wohl dieses Abkommen getroffen haben, doch haben es an demselben. Einen kleinen Vorteil für die Kollegen hat bisher ein sogenanntes Sonderabkommen im Gehalt von 30 Zentner Kohle und Urlaub bis zu zwölf Tagen (der Tarif hat nur sechs Tage vor). Diese Extraveranstaltung lehnt die Direktion seit dem 1. Juli strikte ab. Zwei Verhandlungen vor dem von der SPD und der Gewerkschaftsleitung viel geprüferten Arbeiterrat blieben ohne Erfolg. Die Direktion erklärte sich bereit, die Kohle wieder zu gewähren, wenn sich die Arbeiterschaft zu verlängerten Arbeitszeiten verpflichten würde. Das ist nun, angesichts dieser Sanktionen, unter der Belegschaft eine sehr starke Erregung bemerkbar macht. Ich will nicht erschöpfend, die Ortserwartung, sowie die Beiratsleistung des VWS, lehnten die Auffstellung einer Forderung aus einer Teuerungszulage oder dergl. ab. Da griffen die Kollegen

Selbsthilfe.

und zwar als erste die Dreher, Hobler und dergl., die zu 100 Prozent organisiert sind, und verlangten eine Zulage von 14 Pf. pro Stunde. Diese Forderung ist dann auch in Form einer Teuerungszulage von 5 Pf. gemacht worden (selber aber nicht für alle Kollegen). Einige Niemascher, darunter der Geschäftsführer Ullrich, empfahlen den Kollegen die Annahme des Angebotes, was auch gegen eine allerdings starke Opposition gelang. Nun verzichteten andere Belegschaften ebenfalls auf diese Forderung zu stellen. Die Direktion lehnte strikte ab. Das war doch nicht in dem Sinne, obwohl der Vertreter des VWS immer noch dagegen war, eine allgemeine

Teuerungszulage von 14 Pf. pro Stunde

zu fordern. Es kam zur Verhandlung, und der Gehalt des Unternehmerrates erklärte: „Eine Zulage bedeutet Tarifbruch.“ Eine alte Geschichte, wenn man der Arbeiterschaft etwas gegenären will, heißt man sich schuldig hinter den Tarifvertrag. Bei der Beiratsberatung über die Verhandlungen bemängelte sich der Beiratsrat in Dörbaum eine große Erregung, die sich noch mehr zeigte, als der Beiratsraterteil mitteilte, daß der Direktionsvertreter Witschke erklärt habe: „Es würde noch viel zu wenig gearbeitet, dann würde auch mehr verdient.“ Daraus erzielten sie, daß die Gesamtleitung ganz erheblich gelassen ist, was es ein paar Monate, die Arbeiterschaft indirekt als Fall zu bezeichnen. Die Erregung war sehr groß und die Kollegen erklärten,

Die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

„Nicht N. keine Beilegung zurückzugeben hat. Der Betriebsratmann mußte sich wohl oder übel der Sache fügen. Nach ca. einer Stunde erschien Herr Witschke selbst. Bei seinem Eintreten sprach die Belegschaft die „Internationale“. Witschke lud sie nach natürlich zurückzuführen. Er habe das noch nicht in dem Sinne, daß die Belegschaft als tätige Leute. Betriebs des Lohnes seien nur die Gewerkschaftsleiterer Schuld. Diese sollten nur mehr fordern, da Sätzen sie auch mehr bekommen. Er wollte nun den Arbeitern Vorschläge machen, daß sie sich mit der positiven Reaktion auf seine Forderungen befinden und sie sollten sich nur an die Gewerkschaft wenden, damit die Sache von Verhandlung zu Verhandlung getrieben werde. Im übrigen sollte jeder vernünftig sein und nicht an seine Arbeit gehen. Durch das schroffe Auftreten des Herrn Witschke ließ sich aber niemand beeinflussen. Auch der Betriebsratsvorsitzende forderte die Kollegen auf, die Arbeit aufzunehmen. Ein Mitglied der Betriebsratmann verwickelte die Ausführungen des Direktionsvertreter, obwohl die Angriffe gegen die Gewerkschaften zurückzuweisen. Er ermahnte dafür auf den Kopf des Herrn Witschke. Erst unter dem Geschehen blieb es vorerst, diesem Herrn einige Wahrheiten zu sagen. Der Direktionsvertreter mußte mit seinem Stabe wieder nachrichtlicher Sache abziehen. Nachdem eine Kommission gewählt wurde, wurde wieder weitergearbeitet. Schuld an der einseitigen hängigen positiven Reaktion trägt einzig und allein der Direktionsvertreter Witschke, der die Arbeiterschaft behandelte und durch keine prospektierenden Ausführungen die Arbeitsabstimmung nur veranlagte. Die Belegschafts Oberkommission (ca. 700 Mann) hat geantwortet, daß sie in der Lage ist, ihren Mann zu stehen und nicht mit zu gehen, daß der aufzunehmende Kampf weitergetrieben und nicht durch irgendwelche Schwächer vor der Erschaffung abgewendet wird. Der Anfang war gut, also vorwärts zum endgültigen Siege!

Tarifbruch der Zeiger Unternehmer der Räderwagen-Industrie

Die in den Verhandlungen zugestimmte Lohnerhöhung für angelernte und Hilfsarbeiter wird nicht eingehalten, im Gegenteil, die Firma W. & F. & Co. ist die bereits gezogene Lohnsenkung zurück. Die Arbeiter laufen gegen diese Maßnahmen Sturm. Die Unternehmer gehen nunmehr mit weiteren Entlassungen vor. Die Firmen W. & F. & Co. und F. & Co. haben ebenfalls mit Entlassungen und Kurzarbeit. Arbeiter, verzweifelt über Zustände. Zwängt die Gewerkschaften zum offenen Eingreifen und Kampf!

Die Vollendung des Sommerbades im Aether-Bad im Gefahr

Die Arbeiter haben am letzten Sonntag keinen Lohn erhalten. Ihnen wurde erzählt, die Firma W. & F. & Co. habe Pläne gemacht. Wir fordern, daß der Magistrat die Erhaltung des Bades in eigener Regie weiterführt und damit die Löhne der Arbeiter

Ein netter Unternehmer

ist der Wirtmeister Richard Schmidt, Bad Sulza, Meißneritz 10. Derselbe beschäftigt in seinem Betriebe durchschnittlich fünf bis sechs Arbeiter. Unter anderem war bei diesem netter Unternehmer auch ein Mädchen aus der Raumburger Gegend von Anfang Oktober 1926 als Köchin tätig. Mitte Juli wurde dieses krank und mußte am ärztlichen Ratung ins Krankenhaus nach Raumburg überführt werden. Nach dreiwöchigem Aufenthalt im Krankenhaus wurde selbige mit einer Schenkel- und dreiwöchiger Dauer nach Hause entlassen. Während

3ehn Jahre Sowjet-Gewerkschaften

10% Millionen Mitglieder

Jubiläumsdaten verpflanzten traditionsgemäß zu Kathos und apologetischen Ueberreibungen. Wir aber, die mit dem Jubiläumstakt über. Und gewarnt haben und ausschließlich auf dem Boden der Tatsachen stehen. Können sagen, daß die Erzeugnisse der Gewerkschaftsbewegung der Sowjetunion in diesem geschichtlichen Jahrzehnt wahrhaftig große sind.

Es genügt, wenn man nur die zwei Jähren über den schätzbaren Mitgliederbestand der Gewerkschaften im Juli 1917 und im Jahre 1927 einander gegenüberstellt. Es waren in den Gewerkschaften 1.475.000 Mitglieder und es gibt nunmehr 10.250.000 Mitglieder, also eine Vermehrung um das Sechsfache. 84 Prozent aller im Betriebe stehenden sind gegenwärtig gewerkschaftlich organisiert. Wo noch in der Welt gibt es eine derart mächtige Bewegung.

Die Sowjetgewerkschaften waren am Vorabend des Oktober 1917 nicht organisiert. Es bestand eine Masse von zünftlerischen Organisationen, die die Kraft der Gewerkschaftsbewegung spalteten. Es gab Gewerkschaften mit sehr schwachen Finanzen, ohne eine ausgeprägte Struktur und ohne erstarrte innere Bindungen.

10 Jahre später haben wir eine in Bezug auf die Struktur einzig bestehende Organisation, in der die zentralistischen und zentralistischen Setzungen in der Arbeiterklasse laudiert sind. Der Organisation der Gewerkschaften vornehmlich liegt das vom Klassenstandpunkt aus fortgeschrittliche Prinzip der

Industrieverbände.

Anknüpfung in einer Menge schwacher Gewerkschaften sind die gesamten Lohnarbeiter konzentriert in 23 mächtigen und zentralistischen Industrieverbänden, die von einer Zentralstelle geleitet werden. Für jeden unorganisierten Menschen ist es klar, daß ein derartiger Grad der Organisiertheit das spezifische Gewicht und die „Machtverhältnisse“ sowie die politischen Möglichkeiten der Arbeiterklasse unendlich steigert.

Die Gewerkschaften der Sowjetunion stellen gegenwärtig in finanzieller Hinsicht mächtige Organisationen mit einem nach vielen Millionen zählenden Budget und riesigen Kapitalien dar, die in die Duzende Millionen gehen. Wenn man bedenkt, daß die Sowjetgewerkschaften eine Finanzpolitik im wirtschaftlichen Sinne des Wortes erst nach Beendigung der Inflation und der Durchführung der Geldreform d. h. von der zweiten Hälfte 1924 ab betreiben konnten, so wird klar, daß der Erfolg ein überaus bedeutender ist.

Ein Beispiel der Arbeiter- und der Gewerkschaftsbewegung aller Länder sind die selbstherrlichen Gewerkschaftsbeamten, die die Führung an sich gerissen haben, sich in eine reaktionäre Rolle verwandelt haben und die Entwidlung der Arbeiterklasse bremsen. Die Gewerkschaftsbewegung der Sowjetunion ist gegen eine solche Selbstherrlichkeit geschützt, denn sie beruht auf der Initiative der Massen, auf der fortwährenden Erneuerung der führenden Stimm-Glemente und auf dem fortwährenden Zutritt der aktiveren Gewerkschaftsmitglieder von unten.

Die Gewerkschaften haben einen stolzen

Funktionärskörper von fast 2 Millionen Menschen

herangezogen. Als das Gegenstück des Monopols der „unabhängigen“

dieser Zeit fragte der Unternehmer bei dem Mädchen an, wann es wieder zur Arbeit erscheinen würde und bekam derselbe den Bescheid, daß die Arbeit nach Ablauf der Schenkfrist und gänzlicher Wiederherstellung wieder aufgenommen würde. Daraufhin erhielt dann das Mädchen von Schmidt ihre Papiere, sowie rückständigen Lohn und an der Arbeitstelle neubestimmte Arbeitsleistung zugesetzt, mit dem Bemerkten.

das sie nicht wiedergutmachen brauche.

Eine Kündigung wurde nicht ausgesprochen und die Kündigungsfrist (in diesem Falle die gesetzliche da nichts anderes vereinbart war) wurde nicht innewerden. Schon bei der Gestaltung des Krankenkaufes darauf aufmerksam gemacht, daß die Krankenfallentfall in Sulza nicht die vollen Kosten für die Krankenbehandlung, um übernehmen sollte und sie deshalb einen erheblichen Teil der Kosten selbst zu tragen hätte, was dieser um so unerträglich war, als sie doch als Arbeiterin vollständiges Mitglied der Krankenfallentfall bei Sulza war und der Unternehmer bei dem Lohnzahlungen regelmäßige Beiträge für Krankenfallentfall im Uhrwerk gebracht hatte. Diese Sache hätte sich dann eingeregnet, als das Mädchen, nachdem es verschiedene Male vergebens an die Krankenfallentfall wegen Zahlung des ihr zuteilenden Krankenkaufes geschrieben hatte, bei persönlicher Nachfrage auf der Geschäftsstelle der Kasse erfahren mußte.

Das sie von dem Unternehmer in einer viel zu niedrigen Zahlungsrate der Kasse gemeldet war.

Rechenbeil bemerkt, hatte die Kasse bei dieser Gelegenheit auch nichts eiligeres zu tun, als die Betreffende sofort zu einem Sulzauer Arzt zur vertrauensärztlichen Untersuchung zu schicken, der dann auch eine entsprechende Untersuchung auf nur kurzen Befragen hin bei ekrankte geschuldete. Bei der persönlichen Verhandlung bewies dann die Betreffende durch Vorlage diverser Lohnabrechnungssätze der letzten Wochen, daß sie einen wesentlichen höheren Lohn, als wie der Krankenfallentfall gemeldet war, gehabt hätte, was indessen nur der Erfolg hatte, daß derselbe bedeutet wurde, sie müßte sich diesbezüglich mit ihrem Unternehmer auseinandersetzen. Derselbe hätte die Schuld ihrer Verzögerung mit dem Betrag der Krankenfallentfall dahingehend gestiftet haben, wenn das Mädchen hatte auf Grund dieser Tatsachen an den Unternehmer eine Forderung in Höhe von 50 Mt. als Differenz für Krankenfallentfall und Entschädigung für Nichtabhaltung der Kündigungsfrist usw. gestellt. Durch die Vorüberlegungen des Krankenfallentfallers, sich mit dem Unternehmer allein auseinandersetzen, wurde die Geldsäbige bemogen, sich nochmals in die Wohnräume der Schmidt zu begeben und ihre Ansprüche dort geltend zu machen. Bei dieser Gelegenheit kam es nun zu ähmeren Beilegungen leitens des Schmidt und dessen Frau, doch wurden dem Mädchen dann hinterher noch die geleisteten 50 Mt. Entschädigung ausgehollt. Bei der Kasse wurden derselben dann noch für einige Tage Krankenfallentfall, und zwar pro Tag 1.50 Mt. ausgehollt, obgleich noch Geldsäbigeleitender Rechenbeil davon berichtet, daß in diesem Falle mindestens 2.00 Mt. bzw. 2.70 Mt. nach Klasse 7 bzw. 8 gezahlt hätte werden müssen. Bei dieser Gelegenheit wurde der Kasse auch mitgeteilt, daß sie auch die anderen Kosten für die Krankenbehandlung noch tragen müßte und außerdem auch noch bemerkt, daß Schmidt die weiteren Arbeiter anknüpfend auch zu niedrig gemeldet haben dürfte, obgleich diese noch höhere Löhne gehabt hätten. Abschließend hat sich die Kasse aber nicht veranlaßt gefühlt, diesen Forderungen nachzugehen und die für alle Arbeiter zu wenig abgeführten Beiträge auch nicht nachgehoben. Denn sonst hätte

Betriebsmord!

Zwei schwere Unglücksfälle

erzogen hat Freiheitsmagen um 11 1/2 Uhr im Stidhofmetz P. & Co. Der Arbeiter V. auch aus Betriebsmord, wodurch ihm der Fuß abgeritten und das Bein noch gebrochen wurde. Der andere Fall geschah in der Trommelfabrik, wo dem Arbeiter S. die Finger an der linken Hand an der Stelle abgequetscht wurden. Die Schuldfrage muß die Untersuchung ergeben.

Tod durch Verbrüfung

In der Jähriger Jüderfabrik ist der Maschinenmeister Sch. um 10 Uhr am Leben gekommen. Der Unfall spielte sich nach Berichten von Augenszeugen folgendermaßen ab: Wegen Defektes einer Kesselpumpe sollte eine andere in Betrieb genommen werden. Da Luft in der Leitung vorhanden war, verurteilte der Bedienstete, den Sch. zu heben. Das dauerte dem Elektromotor zu lang und ließ deshalb die Luft mit Gewalt herauspressen. Dabei floß eine Dichtung heraus und der genannte Sch. wurde dabei am ganzen Körper verbrüht. Er ist in Halle liegen Verletzungen erlitten. Nach „amtlicher“ Klärung der Schuldfrage kommen wir auf den Unfall zurück.

Funktionäre wurden hier folgende Stimm-Glemente geschaffen, aus deren Mitte die Leiter der Gewerkschaftsarbeit aufstiegen. Und auch der „Funktionärskörper“ selbst erhielt innerlich eine Erneuerung, in der die große, nach vielen Millionen zählende Masse der Gewerkschaftsmitglieder selbst reglos die Bewegung leitete.

Der Achtundzwanzigste, um den in der ganzen Welt noch der Kampf tobt, ist in der Sowjetunion restlos überwunden. Fastlich beträgt die Dauer des Arbeitsjahres in der Industrie schon jetzt weniger als acht Stunden und nun hat die Tagung des Zentral-Vollzugsausschusses in Leningrad beschlossen, an die Durchführung des Sechsstundenarbeitsjahres heranzutreten. Schon ist es noch weiterer Ausbesserungen bedürftig, welche Bedeutung das für die Arbeiterklasse heißt.

Als das konnte nur erreicht werden auf der Basis der Erzeugnisse der Oktoberrevolution und unter der Leitung des Proletariats, wo die Bedeutung der Gewerkschaften und ihre Möglichkeiten unermesslich geliegen sind und wo sich die Staatsgewalt nach Klassenmaßstab auf der Basis der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen zum Ziele stellt.

Wie wissen: der bürgerliche Reformismus wird nicht aufhören, die russische Revolution zu verleumern und wird nicht aufhören, seine verlogene und entstellte Information zu verbreiten. Wir aber haben auf dem Boden der Tatsachen. Die Tatsachen aber bezeugen unabweislich, daß die Erzeugnisse des Oktoberstufens uns für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaftsorganisationen, A. Rejnsinow.

die Kasse dann auch wohl die Angelegenheit mit der Restforderung des Raumburger Krankenkaufes erledigt,

was bis heute noch nicht geschieden ist.

Denn der Magistrat zu Raumburg hatte schon im Oktober eine Rechnung über 49.92 Mt. an das Mädchen geschickt, die aber bei seiner weiteren Erledigung der Ortskrankenkasse in Bad Sulza landete. Diese Stelle hat sich dann weder auf der Sache geäußert, noch die Rechnung zurückgegeben, so daß man annehmen durfte, daß die ungeliebte Geschichte endlich aus der Welt geschwunden ist. Um so erstaunter mußte man daher sein, als nach Ablauf einiger weiterer Wochen eine erneute Zahlungsforderung aus Raumburg eintraf, die dann wieder der Krankenkasse zugestellt wurde. Diese mal, worauf dann endlich und erklärte, daß sie es abgeben müßte, die Rechnung zurückzugeben, die die Kante vor der Aufhebung des Krankenkaufes nicht erst die Einwilligung der Kasse eingeholt hätte. Sie brauchte daher lediglich nur das Krankengeld und drei Äpfel des Grundlohnes als Beispielle zur Krankenkaufspitze zu erhalten, was so auch geschah. Die Kasse beabsichtigte hierbei aber nicht, daß die Kranke nicht etwa aus freien Stücken das Krankenkauf aufgibt, sondern daß die Überführung der Krankenfallentfall nicht erst die Einwilligung der Kasse aufmerksamer zu Rate gezogenen Krates Herrn Dr. Heine, Raumburg, erfolgt ist, der gleich nach der ersten Konsultation der Kranken in der Wohnung derselben die sofortige Überführung durch das städtische Krankenamt veranlaßt hatte. Jedenfalls konnte der Kranken unter diesen Umständen wohl kaum zugemutet werden, daß sie die Einwilligung der Krankenkasse erst vorher einholen müßte, was sie ja auch gar nicht mitante war. Außerdem wurden derselben derartige Bestimmungen auch nicht bekannt und dürfen wohl auch der Mehrzahl der Ortskrankenkassenmitglieder, die selches noch nicht durchgemacht haben, kaum bekannt sein. Der behandelnde Arzt, der schließlich als Kollegen solche Bestimmungen kennen mußte, hat sich auch keinesfalls veranlaßt gefühlt, die Angehörigen auf die nachträgliche Einwilligung der Kasse aufmerksam zu machen, so daß diese Einholung unterließ. Wenn sich nun die Kasse aus der Unkenntnis der betz. Bestimmungen seitens der Mitglieder das Recht anmaßt, Vorurteile für sich aus solcher Unkenntnis zu ziehen, ist ein solches Verfahren um so verwerflicher, als es sich doch um ein gemeinnütziges Unternehmen handelt und in solchen Fällen sich nicht auf die strengen Paragraphen berufen dürfte. Überdies hat ja auch die Krankenkasse schon nicht richtig gehandelt, als solche nicht sofort selbst die Unterlegung der Sache auf Grund der Annahmen des betz. Mädchens einleitete, die zu wenig erhöhten Beiträge dem Unternehmer einzug und dann auch selbstverständlich die Regulierung der gesamten Krankenkaufausrechnung für das Mitglied in die Hand nahm.

Interessant war dann noch ferner die fälschlich wegen der ebenfalls Beilegung stattgefundenen Einüberbehandlung vor dem Schiedsrichter, die auch ein negatives Resultat zeitigte, da die Besflagten alles ablegten. Es kam hierbei zur Sprache, daß Schmidt sich auch Antragsübersicht erlaubt hatte, indem er bei einer nachdenklichen Gelegenheit, als er sich mit der Betreffenden allein im Arbeitsraum befand, sich mit der Bemerkung zum „schwarzen Weis“ der sich gerade beim Schlußhaken befindlichen Arbeiterin näherte.

derselben aus Bein geiff

und wohl auch noch weiter gegangen wäre, wenn er sich nicht eine fortwährende Wunde geholt hätte. Dies alles wird indes selbst bestritten, und meinte die sich Gehra dazu sogar, was denn schon auf die strengen Paragraphen berufen dürfte. Überdies hat ja auch die Krankenkasse schon nicht richtig gehandelt, als solche nicht sofort selbst die Unterlegung der Sache auf Grund der Annahmen des betz. Mädchens einleitete, die zu wenig erhöhten Beiträge dem Unternehmer einzug und dann auch selbstverständlich die Regulierung der gesamten Krankenkaufausrechnung für das Mitglied in die Hand nahm.

